

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsübersicht des 112. Landesparteitages der FDP Hamburg

5. September 2020

#fdpHH112

Grand Elysée Hamburg Hotel
Rothenbaumchaussee 10
20148 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Antrag	Seite	
L20201	Leben mit der Pandemie – Vordringliche Maßnahmen Landesvorstand	1
GO20201	Der Fürst der Basis (m/w/d) Michael Kruse, Leif Schrader, Dirk Ahlers, Sven Haller, Andreas Moring, Hadi Al-Waheily, Robert Bläsing, Renate Damm, Dian Diaman, Klaus Döcke, Melvyn Erntges, Rainer Funke, Marvin Häffs, Sonja Jacobsen, Viviane Jessen, Ralf Lindenberg, Dieter Keller, John Meister, Christel Nicolaysen, Dr. Wieland Schinnenburg, Benjamin Schwanke, Reinhard Soltau, Frank Mario Stussig, Daniel Valijani, Janis Wemhöner, Birgit Wolff, Kreisverband Barmbek-Uhlenhorst, Kreisverband Billstedt, Kreisverband Wilhelmsburg, Bezirksverband Bergedorf	8
20201	Hamburg bekennt sich zur EU - Europabezug in die Landesverfassung aufnehmen LFA 1 Europa und Internationale Politik, LFA 2 Innen und Recht, Svenja Hahn MdEP, Ria Schröder, Leif Schrader	10
20202	Mit Wirtschaftskompetenz aus der Krise - Was nach dem Corona-Lockdown zu tun ist LFA Wirtschaft, Energie, Innovation und Verbraucher	13
20203	Wahlurnen sind keine Mülltonnen Junge Liberale Hamburg	19
20204	Klare Kante gegen Rechts - für einen liberalen Antifaschismus Junge Liberale Hamburg	20
20205	Deputationen erhalten – Älteste ehrenamtliche Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in den Behördenleitungen schützen Lorenz Flemming, Lothar Hänsch, Amadeus Hempel, Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Rose Pauly, Svenja Radlof, Leif Schrader, Kirsten Gräfin von Hardenberg, Petra Wichmann-Reiß	22
20206	Die Dekadenstrategie für einen gemeinsamen Nordstaat – Die Vereinigten Norddeutschen Bundesländer (Norddeutschland) Robert Bläsing	24
20207	Das Vertrauen in die Bevölkerung stärken und Kontrolle loslassen Gudrun Dara Müller	26
20208	Rechtsstaat und Verfassung in Pandemiezeiten Carl Cevin-Key Coste, Fabrice Henrici	28
20209	Corona-bedingte Inobhutnahmen in Hamburg verhindern Daniel Oetzel, Ria Schröder, Tatjana Sosin, Eva Parbs, Birgit Wolff, Daniel Valijani, Frank Heuck, Jan Christopher Witt, LFA 5 Soziales, Familie, Arbeit und Integration	34
A20201	Auftrag an den Landeshauptausschuss Landesvorstand, Leif Schrader Präsident des Landesparteitags	36

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. L20201 – Leitantrag

Antragsteller:
Landesvorstand

Leben mit der Pandemie – Vordringliche Maßnahmen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Das Infektionsgeschehen in Deutschland und auch in Hamburg lässt darauf
2 schließen, dass die COVID-19-Krise noch nicht überwunden ist und weiterhin die
3 Durchführung und Beachtung von Hygienemaßnahmen erforderlich sind. Das Le-
4 ben mit der Pandemie wirkt sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, im
5 Bildungswesen, in der Wirtschaft und auch auf Freizeitaktivitäten im öffentlichen
6 Raum aus.

7
8 Zu Beginn der Krise wurden parteiübergreifend weitreichende Verordnungen be-
9 schlossen, die die Bürgerrechte beschränkten und trotz umfangreicher Hilfen die
10 größte Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte auslösten, deren
11 Umfang und Folgen noch nicht absehbar sind. Alle erlassenen Verordnungen
12 müssen auf der Basis der Erfahrungen mit dem Verlauf der Pandemie regelmäßig
13 auf den Prüfstand. Ggf. sind neue Maßnahmen zielgerichtet zu ergreifen. Unser
14 Maßstab, an dem wir alle bisherigen und zukünftigen Maßnahmen messen, ist de-
15 ren Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.

16
17 Wir Hamburger Freie Demokraten vertreten dabei unsere Politik in den Parlamen-
18 ten auf der Basis unserer politischen Programme zu den Wahlen zum Bundestag,
19 zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen.

20
21 Folgende Maßnahmen zum Umgang mit der Pandemie sind vordringlich:

22 23 **1. Familien unterstützen und entlasten**

24 Die Corona-Krise wurde vor allem auf dem Rücken der Familien ausgetragen
25 und war von monatelangen Kita- und Schulschließungen, gleichzeitigem
26 Homeschooling und Homeoffice, plötzlich eintretender Arbeitslosigkeit sowie
27 durch fehlende Unterstützung studierender Eltern und Alleinerziehender ge-
28 prägt.

29

30 Besonders in Krisenzeiten muss die Kinderbetreuung auf dem höchstmög-
31 chen Niveau und in vollem Umfang sichergestellt sein, ein erneuter Lockdown
32 auf dem Rücken der Familien ist nicht hinnehmbar. Für alle Beschäftigten im
33 Schichtbetrieb brauchen wir 24h Kitas, die die Kinder auch über Nacht be-
34 treuen können. Dies entlastet viele Beschäftigte in den sog. systemrelevanten
35 Berufen.

36
37 Homeoffice und gleichzeitiges Homeschooling ist kaum vereinbar. Wer arbei-
38 tet, kann gleichzeitig keine zusätzliche Belastung durch unbezahlte Care-
39 Arbeit tragen. Besonders für Eltern kann das Arbeiten im Homeoffice eine Ent-
40 lastung bringen. Dies erfordert jedoch klare Rahmenbedingungen im Hinblick
41 auf Arbeitszeiterfassung, Versicherungsschutz, Arbeitsschutz, Datenschutz
42 und Steuerrecht.

43

44 **2. Pandemiefester Schulunterricht**

45 Es ist davon auszugehen, dass neben dem unverzichtbaren Präsenzunterricht
46 in den Schulen unter den Bedingungen von Hygieneschutzkonzepten auch der
47 digital gestützte Fernunterricht im häuslichen Umfeld erforderlich sein wird.

48 Um die Schulen dafür auszustatten, sind die schnelle Umsetzung bestehender
49 Investitionen in digitale Technik sowie die Fortführung in einem Digitalkonzept
50 2.0 erforderlich.

51

52 Die FDP-Bundestagsfraktion hat ein umfassendes Konzept für die Modernisie-
53 rung der Schulen vorgelegt. Es umfasst die Entwicklung digitaler Unterrichts-
54 materialen, die Fortbildung des Lehrpersonals, die Unterstützung der Schulen
55 durch IT-Fachpersonal und die Bereitstellung von WLAN-Netzen und Endge-
56 räten für Lehrer und Schüler. Die Bundesregierung und die Länder müssen für
57 die Umsetzung enger, verlässlicher und vor allem schneller zusammenarbei-
58 ten. Die Schulen benötigen Managementunterstützung zur Erschließung von
59 Fördermitteln und Entwicklung digitaler Unterrichtskonzepte.

60

61 Eine Sammlung und Aufbereitung der bisher erfolgreich angewandten Modelle
62 des digital gestützten Unterrichts und des Fernunterrichts wäre eine enorme
63 Unterstützung für alle Hamburger Schulen in der Krise, liegt aber bislang nicht
64 vor. Diesem Versäumnis muss dringend abgeholfen werden. Die Auswirkun-
65 gen einzelner Faktoren des Fernunterrichts auf den Lernerfolg, wie z.B. die
66 häusliche Infrastruktur, der Ausbildungsstand der Lehrkräfte oder die Entwick-

67 lung von Lernplattformen und Lernsoftware müssen wissenschaftlich begleitet
68 werden.

69
70 In den jungen Schuljahrgängen lässt sich ein Ausfall des Präsenzunterrichts
71 nicht allein digital kompensieren. Neben geeigneter Online-Unterstützung
72 muss auch auf klassische Mittel des Fernunterrichts zurückgegriffen werden.
73 Erforderlich sind daher auch Konzepte zur Erstellung von Unterrichtsmateria-
74 lien auf Papier, zum Versand und zum Rücklauf.

75
76 Beim Präsenzunterricht muss nicht nur die Hygiene in den Schulen selbst ge-
77 währleistet werden, sondern auch ein risikofreier Schulweg. Überfüllte Schul-
78 busse oder ein Gedränge an Haltestellen vor den Schulen darf es nicht geben.

79

80 **3. Berufsausbildung mit Zukunft**

81 Nach der aktuellen Ausbildungsstatistik besteht Handlungsbedarf, damit jeder
82 ausbildungsfähige Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Hierfür sind die
83 Hamburger Betriebe mit einer Ausbildungsprämie durch den Senat zu unter-
84 stützen, damit Ausbildungsplätze nicht Corona-bedingten betrieblichen Spar-
85 maßnahmen zum Opfer fallen und dadurch die Ausbildung von dringend er-
86 forderlichen Fachkräften gefährdet wird.

87

88 Diese Maßnahme hat Vorrang vor stillen öffentlichen Beteiligungen an mittel-
89 ständischen Betrieben.

90

91 **4. Wissenschaft und Forschung fördern**

92 Die Hamburger Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen bedürfen
93 im Rahmen weiterer Exzellenzinitiativen einer gezielten Unterstützung zur wei-
94 teren Erforschung des Entstehens und der Bekämpfung von Pandemien. Wir
95 Freie Demokraten unterstützen die Anstrengungen der Universität Hamburg,
96 im Bereich der Infektionsforschung in der nächsten Förderrunde den Exzel-
97 lenz-Status zu erhalten.

98

99 Hamburgs Hochschulen benötigen neue digitale Konzepte in den Bereichen
100 Lehre und Forschung. Schon heute wird in der Forschung viel auf internatio-
101 naler Ebene kooperiert, wir möchten die notwendigen Kommunikationstools
102 ausbauen und digitale Forschungsplattformen zur Verfügung stellen. Es muss

103 gewährleistet sein, dass auch während einer Pandemie möglichst viele For-
104 schungsprojekte weiterbetrieben werden können.

105
106 In der Lehre müssen Plattformen wie die Hamburg Open Online University
107 ausgebaut und flächendeckend verfügbar gemacht werden. Zudem muss ge-
108 prüft werden, unter welchen Voraussetzungen auch Prüfungen digital abgehal-
109 ten werden können. Es muss in jedem Fall gewährleistet werden, dass die
110 Lehre an den Hochschulen im Wintersemester vollumfänglich durchgeführt
111 wird, ob vor Ort mit den notwendigen Hygienemaßnahmen oder digital mit den
112 notwendigen Tools.

113
114 Corona darf nicht der Grund dafür sein, dass Studierende ihr Studium abbre-
115 chen müssen. Schnelle und unkomplizierte finanzielle Hilfen sollte in Form von
116 Zuschüssen für bedürftige Studierende auf Antrag bereitgestellt werden.

117 Eine Ausweitung von Studienberatung und -unterstützung an den Hochschu-
118 len und auf Ämtern (z.B. BAföG-Amt) muss unter besonderen Auflagen mög-
119 lich sein. Besondere Studienformate wie Exkursionen oder Praktika müssen
120 flexibel und unbürokratisch nachgeholt oder durch Ersatzleistungen substitu-
121 ert werden können.

122
123 Auf Antrag sollten das verlorene Sommersemester 2020 und ggfs. auch das
124 Wintersemester 2020/21 nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden.

125

126 **5. Öffentliches Gesundheitswesen ausbauen und medizinische Versorgung** 127 **stärken**

128 Die Bekämpfung der Pandemie ist eine vordringliche Aufgabe des öffentlichen
129 Gesundheitswesens. Die vor Ort verantwortlichen Bezirksämter sind hierfür
130 mit ausreichend Personal, moderner Technik und einer guten Organisation
131 auszustatten, damit nicht auszuschließenden weiteren Wellen der Pandemie
132 zeitnah und angemessen begegnet werden kann.

133
134 Sechs von sieben der COVID-19-Infizierten wurden ambulant versorgt. Diese
135 Leistung ist ein wesentlicher Baustein dafür, dass Deutschland bisher ver-
136 gleichsweise gut mit der Pandemie fertig geworden ist. Auf diese Weise wur-
137 den die Krankenhäuser entlastet. Hamburg muss sich dafür einsetzen, dass
138 Ärzte, Pflegedienste etc. von Bürokratie entlastet und ihre Leistungen voll-
139 ständig vergütet werden.

140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175

Hamburg muss die Krankenhäuser dadurch stärken, dass die städtischen Krankenhausinvestitionsmittel erhöht und gezielt auf die Versorgung in Pandemien und die Behandlung von Folgeerkrankungen ausgerichtet werden. Die Testung bei Rückkehr aus Risikogebieten muss verbessert werden. Es ist sicherzustellen, dass alle Rückkehrer sofort bei Ihrer Einreise getestet werden und nach ca. vier Tagen ein Folgetest erfolgt.

6. Soziale Arbeit auch in Krisenzeiten sicherstellen

Gerade die Sozialarbeit ist in der Pandemie besonders wichtig. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sollten bestens ausgestattet werden. Hausbesuche zur Unterstützung von Familien und Hilfsbedürftigen müssen auch unter Pandemiebedingungen durchführbar sein. Ebenso muss der Zugang alternativ digital ermöglicht werden, sofern alle Beteiligten über die technischen Möglichkeiten verfügen. Eine technische Ausstattung (z.B. Smartphone) zur Kommunikation muss für die Sozialarbeiter gewährleistet sein.

7. Arbeit krisenfest gestalten

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stellen den Arbeitsmarkt vor enorme Herausforderungen. Neben dem Hotel- und Gaststättengewerbe, der Reisebranche und dem Kulturbereich ist die Corona-Krise insbesondere für kleine Einzelhandelsunternehmen problematisch.

Insbesondere geringfügig Beschäftigte und Soloselbstständige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen sind stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Ein Umdenken und Setzen der richtigen Prioritäten sind jetzt essentiell. Wir setzen unter anderem auf Homeoffice, Digitalisierung und moderne Konzepte im sozialen Bereich.

8. Einzelhandel, Beherbergungsbetriebe, Gastronomie und Schausteller unterstützen

Zur zeitlichen Entzerrung der Nachfrage kann eine Ausweitung der Öffnungszeiten beitragen. Wir Freie Demokraten schlagen deshalb zusätzliche verkaufsoffene Sonntage zunächst bis zum Jahresende vor. Die Vergabe der Zeiten kann durch die Bezirksämter nach örtlichen Gegebenheiten erfolgen.

176 Dem gastronomischen Gewerbe soll durch die unbürokratische Genehmigung
177 nach gleichen Kriterien in allen Bezirken von Außenflächen geholfen werden,
178 damit sie mehr Gäste bewirten können. Die Bezirksämter sollen den Schau-
179 steller vermehrt und unbürokratisch Flächen für den Betrieb ihrer Fahrgeschäf-
180 te und für das kulinarische Angebot zur Verfügung stellen.

181

182 **9. Kunst und Kultur fördern**

183 Die Hamburger Kulturszene leidet massiv unter der Corona-Pandemie und
184 viele Künstlerinnen und Künstler sind verzweifelt über die Entwicklung ihrer
185 Zukunft. Die Bundesregierung und der Hamburger Senat haben umfangreiche
186 Hilfsmaßnahmen eingeleitet, um die wegfallenden Einnahmen zu überbrü-
187 cken. Noch viel wichtiger ist aus liberaler Sicht die Unterstützung der Kultur-
188 schaffenden bei der Entwicklung neuer kreativer Geschäftsmodelle, z.B. durch
189 Verkauf von Tickets für digitale Präsentationen und virtuelle Ausstellungen
190 und Aufführungen.

191

192 Wir brauchen ein buntes vielschichtiges Kulturangebot auch in Krisenzeiten
193 zur Bewältigung und Auseinandersetzung mit allen Veränderungen, wie auch
194 die Freude am kulturellen Erlebnis. Hier sind auch die öffentlichen Rundfunk-
195 anstalten gefordert.

196

197 Die Einnahmen aus der Kultur- und Tourismusabgabe sollten jetzt zur Über-
198 windung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen vorrangig zur Ankurbelung des
199 Kultur- und Freizeittourismus nach Hamburg eingesetzt werden.

200

201 **10. Öffentliche Finanzen – Alle Ausgaben auf den Prüfstand**

202 Bedingt durch die Bürgerschaftswahl und die anschließende Regierungsbil-
203 dung finden die Beratungen zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2021/2022
204 erst ab Oktober statt. Sie wird sich bis zum abschließenden Bürgerschaftsbe-
205 schluss im Juni 2021 erstrecken. Dieser verzögerte Ablauf bietet Senat und
206 Bürgerschaft sowie den Bezirksversammlungen die Gelegenheit, alle rot-
207 grünen Regierungsversprechen des Koalitionsvertrags auf den Prüfstand zu
208 stellen und die Finanzierbarkeit zu prüfen.

209

210 Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die wirtschaftlichen Folgen
211 der Corona-Pandemie erst im kommenden Jahr in ihrer ganzen Tragweite
212 sichtbar werden: mit steigenden Insolvenzen, zunehmenden Arbeitsplatzver-

213 lusten und sinkenden Steuereinnahmen. Die Finanz- und Haushaltspolitik steht
214 damit vor großen Herausforderungen. Es gilt, bei der Belastung der Bürger,
215 der Selbständigen und der Unternehmen maßzuhalten. Gleichzeitig muss der
216 Staat die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abfedern.

217

218 Wir Hamburger Freie Demokraten fordern:

- 219 - den vollständigen Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen in Ham-
220 burg,
- 221 - die Vermeidung großer Verwerfungen im Zuge der Grundsteuerreform, auf
222 der Basis des wertunabhängigen Flächenmodells ohne Hinzurechnung kal-
223 kulatorischer Erträge,
- 224 - die Überprüfung aller Ausgaben im Hinblick auf ihre Dringlichkeit, um die
225 Neuverschuldung in Grenzen zu halten,
- 226 - einen verbindlichen Tilgungsplan für die Corona-bedingte Neuverschul-
227 dung,
- 228 - die Auflösung der für Krisenzeiten gebildeten Rücklage zugunsten der
229 Corona-Hilfen,
- 230 - Priorität für Substanzerhalt und Modernisierung der vorhandenen öffentli-
231 chen Infrastruktur,
- 232 - die Finanzierung der zurzeit laufenden koalitionsbedingten Behördenum-
233 strukturierungen aus dem Bestand,
- 234 - den Abbau nicht zwingend erforderlicher Bürokratie.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. GO20201

Antragsteller:

Michael Kruse, Leif Schrader, Dirk Ahlers, Sven Haller, Andreas Moring, Hadi Al-Waheily, Robert Bläsing, Renate Damm, Dian Diaman, Klaus Döcke, Melvyn Erntges, Rainer Funke, Marvin Häffs, Sonja Jacobsen, Viviane Jessen, Ralf Lindenberg, Dieter Keller, John Meister, Christel Nicolaysen, Dr. Wieland Schinnenburg, Benjamin Schwanke, Reinhard Soltau, Frank Mario Stussig, Daniel Valijani, Janis Wemhöner, Birgit Wolff, Kreisverband Barmbek-Uhlenhorst, Kreisverband Billstedt, Kreisverband Wilhelmsburg, Bezirksverband Bergedorf

Der Fürst der Basis (m/w/d)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Geschäftsordnung der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Ham-
- 2 burg, wird wie folgt ergänzt:
- 3
- 4 § 13a Wahlvorschläge an den Bundesparteitag
- 5
- 6 Vorschläge des Landesverbandes zur Wahl des Bundesvorstandes gem. § 5 Ab-
- 7 satz (5) Satz 3 der Geschäftsordnung zur Bundessatzung der FDP (BGO) sowie
- 8 der Delegierten in der ALDE-Partei gem. 16 Abs. (1) Satz 1 Nr. 2 der Bundessat-
- 9 zung der FDP werden durch den Landesparteitag bestimmt. § 30 gilt entspre-
- 10 chend.

Begründung:

Jeder FDP-Landesverband benennt für den FDP-Bundesvorstand einen Vertreter, der in freier Wahl auf dem Bundesparteitag gewählt wird. Wie dieser sogenannte Kurfürst innerhalb unseres Landesverbandes bestimmt wird, ist bisher nicht weiter geregelt. Meist wurde er vom Landesvorstand vorgeschlagen, zuweilen von der Bundesparteitagsdelegation. Die Antragsteller sprechen sich dafür aus, dass der Hamburger Vertreter oder die Hamburger Vertreterin zukünftig vom Landesparteitag vor dem jeweiligen Bundesparteitag, auf dem reguläre Bundesvorstandswahlen anstehen, bestimmt wird.

Die Benennung des von der FDP Hamburg vorgeschlagenen Kandidaten für das zweithöchste Beschlussgremium der Freien Demokratischen Partei sollte auf einer größtmöglichen demokratischen Legitimation beruhen. Der Antrag stellt damit

eine konsequente Weiterentwicklung der Stärkung des Landesparteitags und der Mitgliederrechte dar.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20201

Antragsteller:

LFA 1 Europa und Internationale Politik

LFA 2 Innen und Recht

Svenja Hahn MdEP

Ria Schröder, Leif Schrader

Hamburg bekennt sich zur EU - Europabezug in die Landesverfassung aufnehmen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Hamburg ist wegen seiner Hafenwirtschaft, Flugzeugindustrie und zahlreicher wei-
2 terer im- und exportorientierter Branchen das deutsche Tor zur Welt. Zu allen
3 Kontinenten bestehen eine Vielzahl öffentlicher, wirtschaftlicher, kultureller und
4 privater Beziehungen.

5
6 Eine besondere Rolle für unsere Stadt spielen die Verbindungen zu den Mitglieds-
7 ländern der Europäischen Union (EU). Von der Integration Europas hat Hamburg
8 stark profitiert. Der Fall von Zollbarrieren, der grenzenlose Binnenmarkt oder die
9 Gemeinschaftswährung Euro – alle diese Errungenschaften und viele weitere Fak-
10 toren haben sich positiv auf die Entwicklung und den Wohlstand unserer Freien
11 und Hansestadt ausgewirkt.

12
13 Hamburg hat ein großes Interesse daran, dass die EU erhalten, verbessert und
14 ausgebaut wird. Ein prosperierendes Hamburg ohne die EU ist nicht mehr denk-
15 bar. Dem Staatenbund ist es in hohem Maße zu verdanken, dass die Stadt trotz
16 schwerer Schäden im Zweiten Weltkrieg heute zu den am besten aufgestellten
17 und wohlhabendsten Regionen der EU gehört.

18
19 Vor diesem Hintergrund möchte die FDP Hamburg in der Landesverfassung ein
20 Bekenntnis zur EU verankern. Wir folgen damit anderen Bundesländern. Zuletzt
21 hat Nordrhein-Westfalen mit seiner CDU/FDP-Koalition in Übereinstimmung mit
22 den Oppositionsparteien Grüne und Linke die Landesverfassung dementspre-
23 chend geändert.

24

25 Was für NRW gilt, trifft auch auf Hamburg zu: Der Verfassungsgeber des Jahres
26 1952 konnte die bis heute erreichte Tiefe und Breite der europäischen Integration
27 nicht vorhersehen. Doch jetzt ist es an der Zeit, die heutige Realität zu würdigen.

28

29 Die FDP Hamburg schlägt der Hamburgischen Bürgerschaft und dem Senat vor,
30 die zuletzt am 20. Februar 2020 durch Gesetz (HmbGVBl. S. 145) geänderte Ver-
31 fassung der Freien und Hansestadt Hamburg in Anlehnung an die NRW-
32 Landesverfassung wie folgt zu ergänzen (Quelle: <https://ogy.de/l7p9>):

33

34 (Präambel)

35

36 *Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft beschlossene Ge-*
37 *setz:*

38

39 *Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Ge-*
40 *schichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen*
41 *Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen*
42 *Erdeilen und Völkern der Welt sein. **Als Teil der Europäischen Union (EU) ist***
43 ***Hamburg insbesondere der Idee eines geeinten Europas verpflichtet...***

44

45 Des Weiteren soll die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg in I. Artikel
46 1 und 3 wie folgt ergänzt werden:

47

48 *I.*

49 *Die staatlichen Grundlagen*

50

51 *Ergänzung in Artikel 1*

52

53 *Die Freie und Hansestadt Hamburg ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland*
54 ***und damit ein Teil der Europäischen Union (EU)...***

55

56 *Ergänzung in Artikel 3 als Abs. (3):*

57

58 ***Hamburg trägt zur Verwirklichung und Entwicklung eines geeinten Europas***
59 ***bei, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen***
60 ***Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist. Das***

61 **Land arbeitet dabei mit anderen europäischen Regionen zusammen und un-**
62 **terstützt die grenzüberschreitende Kooperation.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20202

Antragsteller:

LFA Wirtschaft, Energie, Innovation und Verbraucher

Mit Wirtschaftskompetenz aus der Krise - Was nach dem Corona-Lockdown zu tun ist

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Hamburg schlägt folgende Maßnahmen zur Bewältigung der Corona Kri-
2 se in Hamburg vor und fordert deren Umsetzung:

3

4 **1. Mehr Flächen für Hamburgs Gastronomie und Clubs**

5 Gastronomie und Clubs gehören zu den am stärksten betroffenen Unternehmen
6 durch den Corona-Lockdown. Deswegen muss den Menschen in diesen Branchen
7 prioritär geholfen werden. Dazu brauchen die Gastronomen vor allen Dingen mehr
8 Platz. Deswegen sollten alle verfügbaren Flächen in direkter Nachbarschaft oder
9 Anbindung zu Gastro-Betrieben als Gastronomieflächen freigegeben werden. Die
10 geltenden engen Begrenzungen, wo Bestuhlung zugelassen ist, sind bis auf wei-
11 teres auszusetzen. Nur so können die geltenden Abstandsregeln eingehalten
12 werden und die Gastronomiebetriebe eine Auslastung erreichen, die sie zum
13 Überleben brauchen.

14 Wir unterstützen ausdrücklich Einigungen zwischen Mietern in der Gastronomie
15 und dem Handel und Vermietern, zur Minderung der Mietkosten für die Unter-
16 nehmer. Mietstundungen, Mietminderungen, Guthabenmodelle oder der Umstieg
17 von einer Fest- auf eine Umsatzbezogene Miete sind hier vorbildliche Beispiele.
18 Solche freiwilligen Einigungen zum Vorteil aller Beteiligten sind besser als
19 Zwangsvorschriften oder Anweisungen des Staates.

20

21 **2. Öffentliche Plätze als Verkaufsflächen für den lokalen Handel ausweisen**

22 Gleiches wie für die Gastronomie gilt auch für den lokalen Handel. Abstandsre-
23 geln und die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes machen den Ein-
24 kauf vor Ort für viele Menschen unattraktiv; sie schränken ihren Konsum ein oder
25 beziehen ihre Waren über das Internet. Beides schadet dem lokalen Handel.
26 Wenn auch öffentliche Plätze als Verkaufsfläche genutzt werden können, wird das
27 die Attraktivität des lokalen Handels für Konsumenten steigern. Gleichzeitig trägt

28 es zu einer Belebung von Quartieren bei, ohne gegen die geltenden Abstandsre-
29 geln zu verstoßen.

30

31 **3. Sonntagsöffnungen für den Hamburger Handel freigeben**

32 Den Hamburger Einzelhändlern muss es erlaubt sein, ihre Geschäfte auch an
33 Sonntagen zu öffnen. Dabei sollte jedes Unternehmen und jeder Unternehmer
34 selber entscheiden können, an welchen Sonntagen sie jeweils öffnen wollen. Alle
35 Beschränkungen für Sonntagsöffnungen sind bis auf weiteres auszusetzen.

36

37 **4. Hamburgs Kultur wieder leben lassen**

38 Alle Kulturbetriebe und Kultureinrichtungen, die ein Hygiene- und Schutzkonzept
39 nach den Vorgaben der Hamburger CoVid19-Verordnung vorweisen und die Um-
40 setzung sicherstellen können, müssen ihren Betrieb wieder aufnehmen können.

41

42 **5. Abschaffung des Solidaritätszuschlags vorziehen**

43 Die vorzeitige Abschaffung des Solidaritätszuschlages würde Bürger und Unter-
44 nehmen zugleich entlasten. Der Verzicht des Solidaritätszuschlages könnte effek-
45 tiver sein, als die temporäre Senkung der Umsatzsteuer. Sinnvoll erscheint hier
46 ein Freibetrag (keine Freigrenze) von 100.000,- € bei Einzelsteuerpflichtigen und
47 ein Freibetrag von 200.000,- € von Ehegatten. Auf eine weitere Senkung der Ein-
48 kommensteuer sollte verzichtet werden. Stattdessen sollten höhere Abschrei-
49 bungs- und Verlustverrechnungsmöglichkeiten realisiert werden.

50

51 **6. Verlustrückträge ausweiten**

52 Die Verlustrückträge sind bisher auf dem ausgeweiteten Niveau von 5 Mio. € ge-
53 deckelt. Das Instrument des Verlustrücktrags ist sehr zielgenau, denn es kann von
54 Unternehmen genutzt werden, die vor der Krise Gewinne gemacht und versteuert
55 haben und die jetzt Verluste erleiden. Es wäre sinnvoll, dieses Instrument auf grö-
56 ßere Firmen auszudehnen, also die zulässigen Höchstsummen zu erhöhen. Das
57 trägt dazu bei, Arbeitsplätze bei mittelständischen und großen Unternehmen zu
58 sichern.

59

60 **7. Fristen für Steuerzahlungen verlängern, zinslose Stundung fortführen**

61 Die geltenden Fristen für das Zahlen von unterschiedlichen Steuern sollten ver-
62 längert werden. Ebenso sollte die zinslose Stundung bis auf weiteres fortgeführt
63 werden. Das wichtigste für Unternehmen und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen,
64 ist die Sicherung von Liquidität und die Fähigkeit zu Investitionen bei Unternehme-

65 rinnen und Unternehmern und den Unternehmen. Nur wenn Arbeitsplätze beste-
66 hen und Unternehmen investieren, können sie auch Gewinne erwirtschaften - und
67 überhaupt Steuern zahlen. Aus Sicht des Staates ist es besser, die Steuerein-
68 nahmen etwas später zu realisieren, als komplett auf sie verzichten zu müssen
69 (wenn die Unternehmen nicht überleben und die Arbeitsplätze verloren gehen).

70

71 **8. Beschleunigte Abschreibungen für Investitionsgüter.**

72 Abschreibungen auf Investitionsgüter sind grundsätzlich positiv für Investitionen.
73 Investitionen von Unternehmen sind in der aktuellen Krisensituation notwendiger
74 denn je. Zudem gibt es einen positiven Effekt bei Unternehmen, die Verluste ver-
75 zeichnen müssen - und genau damit ist in den kommenden Monaten und Jahren
76 leider zu rechnen. Für bestimmte Wirtschaftsgüter sollte es möglich sein, dass
77 man steuerrechtlich eine geringere Nutzungsdauer ansetzen kann. Um den Un-
78 ternehmer die Möglichkeit zu geben stille Reserven zu bilden. Es sollte auch eine
79 Wiedereinführung der degressiven AfA ernsthaft geprüft werden. Zusätzlich soll-
80 ten Körperschaften und Unternehmen die Möglichkeit haben, ein geringwertiges
81 Wirtschaftsgut (GWG) in Höhe von 2.000,- € sofort abschreiben zu können.

82

83 **9. Zinsschranke lockern**

84 Die sogenannte Zinsschranke ist dafür gedacht, Steuervermeidung durch hohe
85 Schuldenlasten zu bekämpfen. Wachsende Schulden sind bei den allermeisten
86 Unternehmen jetzt allerdings der Krise geschuldet und eben kein Mittel zur Steu-
87 ervermeidung. Deswegen sollte es mehr Spielräume für Unternehmer und Unter-
88 nehmen bei der Zinsschranke geben.

89

90 **10. Keine Steuererhöhungen zur Sanierung der Staatskasse**

91 Unternehmen müssen in den kommenden Jahren mehr Mittel für Investitionen zur
92 Verfügung haben, um ihr Geschäft zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten. Das
93 bedeutet, dass die aktuellen Steuern nicht steigen dürfen. Das würde bedeuten,
94 dass den Unternehmen die dringend benötigten Mittel für Investitionen entzogen
95 werden. Der Staat hätte kurzfristig mehr Einnahmen, mittel und langfristig aber
96 weniger, denn Investitionen fielen weg, Arbeitsplätze gingen verloren und Unter-
97 nehmen müssten Insolvenz anmelden. Eine nachhaltige Politik stärkt Investitionen
98 für morgen, anstatt auf kurzfristige Steuereinnahmen zu spekulieren. Das gilt auch
99 in folgendem Zusammenhang: Unternehmen müssen Eigenkapital und Rücklagen
100 bilden können, damit sie für künftige Krisen und Konjunkturschwankungen ge-
101 gewappnet und resistent sind. Höhere Steuern würden dieses notwendige Ziel ge-

102 nau zerstören. Unternehmen sollten ihre Gewinne entsprechend nicht für Gewinn-
103 ausschüttungen, sondern zur Vorsorge verwenden.

104

105 **11. Freibeträge für die Gewerbesteuer erhöhen**

106 Eine Erhöhung des Freibetrages der Gewerbesteuer ist notwendig. Ein höherer
107 Freibetrag würde gerade die Kleinunternehmer spürbar entlasten. Zusätzlich soll-
108 ten Unternehmensgründer für die ersten vollen fünf Wirtschaftsjahre von der Ge-
109 werbesteuerpflicht befreit werden.

110

111 **12. Digitale Verwaltung und Dienstleistungen umsetzen**

112 Die Corona Krise hat gezeigt, dass in fast allen Bereichen digital kommuniziert
113 und kooperiert werden kann. Das gilt vor allem für Aufgaben in der Verwaltung.
114 Darum muss auch Hamburg jetzt schnell und konsequent auf eine digitale Verwal-
115 tung und digitale Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen umschalten. In-
116 vestitionen in den Auf und Ausbau der digitalen Verwaltung sind vorzuziehen und
117 müssen flächendeckend realisiert werden. Das befreit Bürger und Unternehmen
118 von langwierigen und aufwendigen Prozeduren. Gerade in unsicheren wirtschaftli-
119 chen Zeiten haben Unternehmen andere Prioritäten, als Zeit und Kapazitäten für
120 eher unproduktive Verwaltungsaufgaben bereitstellen zu müssen. Zudem ist die
121 Digitalisierung in praktisch allen Branchen normaler (Berufs-)Alltag. Die öffentliche
122 Verwaltung sollte auf dem selben Stand sein, wie der sonstige Alltag der Bürge-
123 rinnen und Bürger, wenn sie weiter als vertrauenswürdig und verlässlich angese-
124 hen werden will.

125

126 **13. Mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur**

127 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sollen so schnell wie möglich realisiert
128 werden, wenn diese Investitionen einen sicheren wirtschaftspolitischen Effekt ha-
129 ben und künftiges Wachstum begünstigen. Das bedeutet vornehmlich Straßen,
130 Schienen, Brücken erneuern, Telekommunikationsnetze ausbauen (Glasfaser,
131 5G), Strom- und Wärmenetze erneuern und neue Formen etablieren (Smart Grids;
132 lokale Versorgungseinheiten).

133

134 **14. Investitionen in Hamburgs und Europas Zukunftsfelder**

135 Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sollte Investitionen vor allem auf
136 folgende Bereiche fokussieren:

- 137 1. Wasserstoff und Elektrolyse,
- 138 2. Künstliche Intelligenz und Data Science,

- 139 3. Quantentechnologien und Quantencomputing,
140 4. Nachhaltigkeit in allen drei Dimensionen nach dem Leitbild der 17
141 Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen

142 In den genannten Bereichen liegen regional und global die bedeutendsten Wachstumsaussichten in Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft. Hamburg ist hier im regionalen und internationalen Bereich recht gut aufgestellt, es gibt aber noch viel
143
144 zu tun. In der aktuellen Krise liegt auch eine Chance, sich in den Zukunftsfeldern
145 nachhaltig zu positionieren und damit den Grundstein für Wohlstand, Sicherheit
146 und Entwicklung für morgen und übermorgen zu legen.
147

148

149 **15. Preise statt Subventionen**

150 Ziel der Neausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Freien und Hanse-
151 stadt Hamburg in und nach der Corona bedingten Wirtschaftskrise ist der Abbau
152 von teuren Klimasubventionen und die Etablierung des Verursacherprinzips bei
153 der Verschmutzung der Umwelt und der Schädigung des Klimas. Deswegen muss
154 das Verschmutzen der Umwelt konsequent bepreist werden; es muss teuer sein,
155 das Klima und die Umwelt mit ihren natürlichen Ressourcen zu schädigen und zu
156 verbrauchen. Bisher ist die Politik in Hamburg und Deutschland darauf ausgerich-
157 tet, die Unterlassung von umwelt- und klimaschädlichen Verhalten zu subventio-
158 nieren. Das ist ineffizient, teuer und vor allem erfolglos - weder Deutschland noch
159 Europa haben mit dieser Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten die selbst
160 gesteckten Klimaziele erreicht! Bei der konsequenten und fairen Bepreisung von
161 umwelt- und klimaschädlichem Verhalten für Privatpersonen und Unternehmen,
162 geht es um die Integration aller Sektoren in den ETS-Handel, insbesondere Ver-
163 kehr und Gebäude. Damit wird Umwelt- und Klimaschutz nach marktwirtschaftli-
164 chen Grundsätzen realisiert. Gleichzeitig gibt es einen marktwirtschaftlichen und
165 wettbewerblichen Anreiz für die Entwicklung von marktfähigen und effizienten In-
166 novationen für den Umwelt- und Klimaschutz, der neue Märkte eröffnet, neue und
167 nachhaltige Arbeitsplätze schafft und Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in
168 Hamburg, Deutschland und Europa schafft.

169

170 **16. EEG Umlage senken**

171 Die EEG-Umlage muss schrittweise gesenkt werden, wobei von der reinen Belas-
172 tung der Stromverbraucher auf eine Mischfinanzierung durch Stromverbraucher
173 und CO²-Abgabe übergegangen wird. Wenn die Strompreise in Zukunft krisenbe-
174 dingt voraussichtlich stark fallen werden, die Hersteller erneuerbarer Energien
175 aber davon abgeschirmt werden, würde ohne korrigierende Eingriffe die EEG Um-

176 lage stark steigen. Das würde die Stromkosten erhöhen, die in Deutschland ohne-
177 hin schon zu den höchsten weltweit zählen. Diese Kostensteigerung für private
178 Verbraucher und Unternehmen gilt es zu vermeiden und die Stabilität und Wett-
179 bewerbsfähigkeit zu sichern.

180

181 **17. Energiespeicher im Steuersystem etablieren und von Steuern und Umla-** 182 **gen entlasten**

183 Das Regelwerk für die Bereitstellung von Energie (Strom, Wärme, etc.) kennt bis-
184 her nur Erzeuger und Verbraucher. Verbraucher zahlen EEG-Umlage (der über-
185 wiegende Teil), Stromsteuern, Netzentgelte usw. Dieses führt zu der unsinnigen
186 Situation, dass eine Anlage die überschüssigen Strom (negative Preise an der
187 Strombörse) abnimmt um diese Energie zu speichern (z.B. in Pumpspeicherwer-
188 ken oder als Wasserstoff über Elektrolyse) aufgrund von EEG Umlage und Strom-
189 steuer nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Diese Anlagen zur Speicherung
190 von Energie sind von Steuern und Umlagen zu befreien.

191

192 **18. Vorziehen von Rüstungsprojekten**

193 Geplante Rüstungsprojekte sollen vorgezogen werden. Da die Mittel dafür ohne-
194 hin schon verplant und freigegeben sind, können diese auch ohne Probleme vor-
195 gezogen werden. Die Schifffahrtsbranche und die Luftfahrtbranche gehören zu den
196 bedeutenden Stützen der Hamburger Wirtschaft. Beide sind durch die Corona-
197 bedingte Wirtschaftskrise besonders schwer getroffen. Da wegen der Wirtschafts-
198 krise zu erwarten ist, dass die Nachfrage aus der privaten Wirtschaft insbesonde-
199 re bei teuren und langlebigen Gütern (z.B. Flugzeuge, Schiffe, Transport- und Lo-
200 gistikflotten usw.) stark zurückgehen werden, können Aufträge im Rüstungsbe-
201 reich diesen Nachfrageeinbruch zumindest zu einem nennenswerten Teil ausglei-
202 chen. Damit werden Arbeitsplätze gesichert und die lange überfällige Modernisie-
203 rung der Bundeswehr beschleunigt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20203

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Wahlurnen sind keine Mülltonnen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Hamburg fordern den Hamburger Senat auf, einen Ideen-
- 2 wettbewerb für die Neugestaltung der Wahlurnen zu starten. Die optische Nähe zu
- 3 den Mülltonnen der Stadtreinigung sorgt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern für Ir-
- 4 ritationen und wird der Bedeutung des Wahlaktes in keinem Fall gerecht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20204

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Klare Kante gegen Rechts - für einen liberalen Antifaschismus

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für uns Freie Demokraten war immer klar, dass wir uns gegen jede Form von Extremismus stellen. Als Demokraten sehen wir uns in der Pflicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen die Feinde unserer Verfassung zu verteidigen.

2
3
4
5
6 Der Kampf gegen Rechts darf nicht nur der politischen Linken überlassen werden. Wir stehen für einen liberalen Antifaschismus, der eine klare Kante gegen Rechtsextremismus zeigt, ohne dabei eigene extremistische Inhalte zu verbreiten. Wir stellen uns Rechtsextremismus entgegen, um für unsere Demokratie zu streiten und das Grundgesetz, auf dem sie beruht, zu schützen. Wir kämpfen also nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern für die liberale Gesellschaft, mit der rechte Ideen und Hetze gegen Minderheiten unvereinbar sind.

7
8
9
10
11
12
13
14 Vom Terror der NSU bis hin zu den jüngsten Anschlägen: Es zeigt sich deutlich, dass der Staat noch entschiedener gegen Rechtsextremismus vorgehen muss. Rechtsmotivierte Straftaten müssen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent verfolgt werden. Dies gilt auch innerhalb von Sicherheitsbehörden. Wer potentiell rechtsextreme Kolleginnen oder Kollegen meldet, darf nicht diffamiert, sondern muss geschützt werden. Anonyme Beratungsstellen und Hotlines hierfür sind einzurichten.

15
16
17
18
19
20
21
22 Ein liberaler Antifaschismus darf sich aber nicht nur darauf beschränken sich von rechtsextremen Gewalttaten zu distanzieren. Das rechtsradikale Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz. Es ist geprägt von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sowie einer grundsätzlichen Demokratiefeindschaft. Es ist Aufgabe und Pflicht der Freien Demokraten sich aktiv gegen rechtsradikale Positionen in Stellung zu bringen.

23
24
25
26
27
28
29

30 Eine Zusammenarbeit mit rechten Parteien schließt die FDP Hamburg daher
31 grundsätzlich aus. Als Partei, die rechtsradikale Positionen in ihren Reihen duldet
32 und nach außen vertritt, sind davon auch die Alternative für Deutschland (AfD), ih-
33 re Jugendorganisation Junge Alternative (JA), sowie alle Vorfeld- und Nachfolge-
34 organisationen umfasst.

35

36 Konkret heißt das für uns:

37

- 38 • Wir schließen jede Koalition mit AfD explizit aus. Insbesondere auf kommuna-
39 ler Ebene lehnen wir eine Fraktionsbildung mit der AfD auch dann ab, wenn
40 die Anzahl der Mitglieder der Bezirksversammlung der FDP nicht für die Grün-
41 dung einer Fraktion reicht.
- 42 • Freie Demokraten beteiligen sich nicht an Regierungen, die für die Übernahme
43 der Regierungsverantwortung oder für zentrale Entscheidungen wie Haus-
44 haltsbeschlüsse auf die Zustimmung der AfD angewiesen sind.
- 45 • Wir fordern alle Amts- und Mandatsträger auf, Wahlämter, die Kandidierende
46 nur durch die Stimmen der AfD erreicht haben, unverzüglich abzulehnen.
- 47 • Wir fordern die FDP-Abgeordneten und Mitglieder in den Bezirksversammlun-
48 gen auf mit der AfD keine gemeinsamen Anträge zu Sachfragen vorzubereiten
49 oder einzureichen.
- 50 • Wir fordern die FDP-Abgeordneten und Mitglieder in den Bezirksversammlun-
51 gen auf keinen Anträgen der AfD zuzustimmen.
- 52 • Mit der AfD und ihr nahestehenden Organisationen finden keine Vernetzungs-
53 und Austauschtreffen statt.
- 54 • Mit der AfD und ihr nahestehenden Organisationen werden keine gemeinsa-
55 men inhaltlichen Veranstaltungen organisiert. Bei externen Veranstaltungen zu
56 denen wir Freie Demokraten eingeladen werden, werden wir aber nicht absa-
57 gen, weil die AfD eingeladen wird, sondern werden uns argumentativ mit ihnen
58 auseinandersetzen.
- 59 • Die FDP-Hamburg unterstützt nur FDP-Verbände insbesondere im Wahl-
60 kampf, die unsere Haltung teilen und sich an die oben genannten Forderun-
61 gen halten.
- 62 • Eine ehemalige AfD-Mitgliedschaft führt außer in außerordentlich begründeten
63 Ausnahmefällen zur Nichtaufnahme in der FDP

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20205

Antragsteller:

Lorenz Flemming
Lothar Hänsch
Amadeus Hempel
Gerhold Hinrichs-Henkensiefken
Rose Pauly
Svenja Radlof
Leif Schrader
Kirsten Gräfin von Hardenberg
Petra Wichmann-Reiß

Deputationen erhalten – Älteste ehrenamtliche Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in den Behördenleitungen schützen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Seit dem 16. Jahrhundert gibt es in Hamburg die ehrenamtliche Mitwirkung von
- 2 Bürgerinnen und Bürgern in der Verwaltung, die sogenannten Deputationen. Sie
- 3 hat Verfassungsrang gemäß Art. 56 der Verfassung der Freien und Hansestadt
- 4 Hamburg. Die Deputierten nehmen in vertraulichen Sitzungen an Entscheidungen
- 5 über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung in ihrer Behörde teil (Auf-
- 6 stellung und Durchführung des Haushaltsplans, Behördenorganisation, Vorlagen
- 7 an den Senat, Personalangelegenheiten).
- 8
- 9 Die Deputationen bilden damit eine Kontrollinstanz in den Behörden und tragen
- 10 dazu bei, das Verwaltungshandeln nachvollziehbar zu gestalten und sorgen dafür,
- 11 dass die Regelwerke zu Personal- und Vergabeentscheidungen Beachtung fin-
- 12 den.
- 13
- 14 Darüber hinaus bringen die Deputierten in vielen Fällen ihr berufliches Fachwis-
- 15 sen z.B. in Gesetzgebungsverfahren, im Rahmen der Aufstellung von Flächennut-
- 16 zungsplänen oder beim Abschluss von Staatsverträgen ein.
- 17
- 18 SPD und GRÜNE wollen nun die bei der Bürgerschaftswahl erhaltene Zweidrit-
- 19 telmehrheit nutzen, um die Deputationen abzuschaffen und stattdessen das im
- 20 Jahr 2012 etablierte Hamburgische Transparenzgesetz mit einer Verfassungsga-
- 21 rantie versehen. Zu Beginn der Legislaturperiode haben die Regierungsfractionen
- 22 noch betont, sie wollten die Rechte der Opposition achten und von ihrer Über-

23 macht sparsam Gebrauch machen. Nun, nach der Sommerpause kommt der
24 Kahlschlag und das älteste Hamburger Ehrenamt in der Verwaltung wird gestri-
25 chen und damit die direkte Kontrolle des Verwaltungshandelns abgeschafft.

26

27 Wir Hamburger Freie Demokraten fordern die Fraktionen der SPD und der Grüne
28 auf, das Vorhaben zur Verfassungsänderung umgehend einzustellen und damit
29 die Deputationen zu erhalten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20206

Antragsteller:
Robert Bläsing

Die Dekadenstrategie für einen gemeinsamen Nordstaat – Die Vereinigten Norddeutschen Bundesländer (Norddeutschland)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gemeinsames norddeutsches Bundes-
- 2 land ein, das die bisherigen Stadtstaaten und Länder Bremen, Hamburg, Meck-
- 3 lenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein umfasst. Zu diesem
- 4 Zweck soll eine Dekadenstrategie mit konkreten Meilensteinen und umfangreicher
- 5 Bevölkerungspartizipation entwickelt werden mit dem Ziel, eine Volksabstimmung
- 6 in den betreffenden Ländern gemäß Art. 29 GG bis zum Jahr 2030 durchzuführen.
- 7
- 8 Die gemeinsame Verfassung hat sicherzustellen, dass die norddeutschen Regio-
- 9 nen und Städte im Sinne der Subsidiarität angemessen Verantwortung tragen und
- 10 über große Gestaltungsspielräume verfügen. Gemeinsame Institutionen und Ein-
- 11 richtungen müssen in der gesamten norddeutschen Region fair verteilt werden.
- 12 Aufgrund der zentralen Lage und guten verkehrlichen Anbindung soll Norderstedt
- 13 Hauptstadt der Vereinigten Norddeutschen Bundesländer (kurz: Norddeutschland)
- 14 werden. Weitere Details soll ein gemeinsamer norddeutscher Verfassungskonvent
- 15 im Rahmen der Dekadenstrategie festlegen.

Begründung:

Politischer Auftrag für jede Generation ist es, sich nicht nur auf Erreichtem auszu-
ruhen, sondern auch Bestehendes zu hinterfragen und das Gemeinwesen zu-
kunftsfest zu machen. Rund sieben Jahrzehnte nach Gründung der Bundesrepub-
lik sowie dreißig Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung ist es daher an der
Zeit, vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch Globalisierung und Digi-
talisierung die bestehenden Nachkriegs- und Nachwende-Strukturen zu reformie-
ren. Hierbei bilden norddeutscher Pragmatismus und hanseatische Bescheiden-
heit die Leitlinien des gemeinsamen Handelns.

Auf Dauer erweist sich die Aufteilung Norddeutschlands auf mehrere Bundeslän-
der national sowie auf europäischer und internationaler Ebene als großer Hemm-

schuh für die weitere Entwicklung der Region. Trotz vielfältiger bereits bestehender Kooperationen zwischen Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gelingt es beispielsweise im Vergleich zu Bayern und Nordrhein-Westfalen nur unzureichend eine starke kohärente Position zu entwickeln und gemeinsame Interessen wirksam politisch durchzusetzen.

Dabei besteht in der Region auch nicht zuletzt dank des einheitlichen Sendebereichs des Norddeutschen Rundfunks (NDR) ein einendes norddeutsches Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich auch in den politischen Strukturen abbilden sollte. Das norddeutsche Zusammengehörigkeitsgefühl steht dabei nicht im Widerspruch zur regionalen und lokalen Identität, sondern wird durch diese noch gestärkt.

Wir Freie Demokraten streben daher an, in der anstehenden Dekade einen Fahrplan für einen gemeinsamen Nordstaat zu entwickeln und umzusetzen, der auf ein gemeinsames starkes Bundesland im Geiste des kooperativen Vorbilds der früheren Hanse hinausläuft. Hamburg als ein wirtschaftliches und geografisches Zentrum kommt hierbei eine besondere Bedeutung und die Rolle als einer der Motoren des Einigungsprozesses zu.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20207

Antragsteller:

Gudrun Dara Müller

Das Vertrauen in die Bevölkerung stärken und Kontrolle loslassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir als FDP vertrauen den Bürgern unseres Landes, dass sie fähig sind, selbst zu
- 2 wissen und zu entscheiden, was ihrer Gesundheit und der Gesundheit ihrer Kin-
- 3 der dient.
- 4 Wir als FDP vertrauen unserem riesigen Gesundheitssystem aus Ärzten, Heilprak-
- 5 tikern, Therapeuten, Pflegern, Coaches, Heilern, Beratern, Lehrern und vielen an-
- 6 deren Engagierten, dass sie fähig sind, andere Menschen mit Hilfe zur Selbsthilfe
- 7 ganz individuell zu unterstützen, so dass jeder Bürger unseres Landes es in
- 8 Selbstverantwortung schaffen kann, gesund zu werden und zu bleiben, wenn er
- 9 sich dafür entscheidet.
- 10 Wir als FDP vertrauen den Gesundheitskassen und den anderen Instituten und
- 11 Organisationen, dass sie Wege finden, dass Gesundheit für alle, die sich dafür
- 12 entscheiden, bezahlbar wird.
- 13 Wir als FDP vertrauen den Forschern und Wissenschaftlern, dass sie ihre Fähig-
- 14 keiten zusammen bringen, damit jedem Menschen immer wieder neue Türen zur
- 15 Gesundheit geöffnet werden können, die er entscheiden kann zu nutzen.
- 16
- 17 Wir als FDP setzen uns dafür ein, dass dieses Vertrauen durch das Gesund-
- 18 heitsministerium, die Gesundheitsämter und Verwaltungsorganisationen weiterge-
- 19 geben wird.
- 20 Wir fordern sie auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Unterstützer an
- 21 vorderster Front zu unterstützen, die Menschen mit viel Mitgefühl und Empathie
- 22 mit Hilfe zur Selbsthilfe begleiten.
- 23 Für jede bürokratische Maßnahme, die diese Arbeit behindert, sind gemeinsam
- 24 sinnvolle Alternativen zu erarbeiten.
- 25 Wir fordern sie auf, diese Menschen angemessen für ihren Zeiteinsatz zu bezah-
- 26 len.
- 27
- 28 Wir setzen uns als FDP für eine Politik ein,

- 29 • die es schafft, die Spaltung zwischen den Menschen in unserer Stadt, in unse-
- 30 rem Land und der Welt aufzuheben
- 31 • die das Vertrauen in die Menschen und ihr Potential zum Ausdruck bringt und
- 32 in ihre Fähigkeit, selbst zu wissen, was ihrer Gesundheit dient
- 33 • die die Menschen mit Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt, sich die Bedürfnisse ih-
- 34 res Körpers erfüllen zu können
- 35 • die die Kommunikation und die Gemeinschaftsbildung fördert
- 36 • die alles in ihrer Macht stehende umsetzt, um den gesellschaftlichen Frieden
- 37 durch Kommunikation herzustellen
- 38 • die die Feindbilder in den Köpfen auflöst
- 39 • die den Schmerz auflöst, der zu Extremismus durch „Ich habe Recht“- und
- 40 „Das muss genau so sein“-Entscheidungen führt
- 41 • die Ängste und Schmerzen ausspricht und die Bürger dazu einlädt, gemein-
- 42 sam Wege zu erarbeiten, um damit umzugehen
- 43 • in der sich Regierung und Bürger wertschätzend und auf einer Augenhöhe
- 44 begegnen
- 45 Eine Politik die ausgerichtet ist auf
- 46 • nachhaltige Gesundheit
- 47 • Unterstützung der Selbstverantwortung
- 48 • wirtschaftliche Stabilität für alle Beteiligten

49

50 Die FDP Hamburg fordert den Senat auf, genau diese Politik umzusetzen.

51 Sie braucht dort das Rad nicht neu erfinden, sondern kann aus den vielen Erfah-

52 rungen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements lernen.

53 Es gibt viele Unternehmen, die bereits umgedacht haben und Vorbild für die Poli-

54 tik und den Umgang mit den Bürgern sein können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20208

Antragsteller:

Carl Cevin-Key Coste
Fabrice Henrici

Rechtsstaat und Verfassung in Pandemiezeiten

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 In den letzten Monaten bestand durch das Corona-Virus eine Lage, die zu drasti-
2 schen Einschränkungen des privaten und wirtschaftlichen Lebens führte.

3

4 In solchen Situationen ist es aus Sicht der Freien Demokraten natürlich gerecht-
5 fertigt, dass in Freiheitsrechte stärker eingegriffen wird, als außerhalb von Krisen-
6 zeiten. Doch hinter dem notwendigen Ziel der Pandemieeindämmung dürfen an-
7 dere Grundrechte nicht vollständig zurücktreten und es muss – gerade aus libera-
8 ler Perspektive – peinlichst darauf geachtet werden, dass die Funktionsfähigkeit
9 der Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat erhalten bleiben und nicht
10 durch die Hintertür außerhalb der berechtigten Einschränkungen im Pandemiefall
11 kupiert werden.

12

13 Trotz der nachfolgenden Kritik teilen wir Freien Demokraten insgesamt die Stoß-
14 richtung der Maßnahmen, auch wenn wir einzelne Maßnahmen für überzogen und
15 im Ergebnis unverhältnismäßig einstufen. Hinsichtlich einer drohenden zweiten
16 Welle muss darauf geachtet werden, dass es nicht erneut zu unverhältnismäßigen
17 Eingriffen kommt.

18

19 **I. Krisenfester Schutz von Grundrechten auch in Pandemiezeiten**

20

21 Die massiven Grundrechtseingriffe waren insbesondere deswegen notwendig,
22 weil unser Gesundheitssystem nicht auf einen Pandemiefall eingestellt war. Der
23 vorbeugende medizinische Katastrophenschutz muss daher, nicht nur in Hinblick
24 auf die Schutzpflicht für Leben und körperliche Gesundheit, sondern auch, um die
25 Intensität der Eingriffe im Pandemiefall zu verringern, deutlich besser ausgestattet
26 werden und europaweit koordiniert werden, dazu gehört bspw. die ausreichende
27 Bevorratung mit notwendigen medizinischen Materials.

28

29 Für den Infektionsschutz ist eine Nachverfolgung von Infektionsketten zwingend
30 erforderlich. Aus Sicht der Freien Demokraten dürfen Daten, die zu diesem Zwe-
31 cke erhoben werden, aber auch nur zu diesem Zwecke genutzt werden. Eine an-
32 dere Nutzung, insbesondere durch die Polizei, lehnen wir ab. Nicht nur stellt dies
33 eine massive Ausweitung der Überwachung durch den Staat dar, sondern verrin-
34 gert auch die Datenehrlichkeit und gefährdet somit das Hauptziel des Infektions-
35 schutzes.

36
37 Einschränkungen, die sichtbar keinen Einfluss auf die Ausbreitung der Pandemie
38 haben, müssen schnellstmöglich aufgehoben werden. Zwar geht dies mit der Ge-
39 fahr einher, dass Menschen den Überblick über die derzeit gültigen Einschrän-
40 kungen verlieren, aber dies wiegt aus unserer Sicht nicht so stark, dass ein länge-
41 res Aufrechterhalten gerechtfertigt wäre. Vielmehr sollte der Unsicherheitsfaktor
42 sehr wohlwollend bei der Bemessung der Bußgelder bei Verstößen berücksichtigt
43 werden.

44
45 Der Spielraum geht aber unserer Ansicht nach nicht so weit, dass schlechthin
46 nicht nachvollziehbare Regelungen von vornherein hinzunehmen sind. Ein Bei-
47 spiel hierfür ist die Regelung, dass Läden bis zu einer Fläche von 800 qm öffnen
48 durften.

49
50 Teilweise entsteht der Eindruck, dass unter dem Deckmantel des Infektionsschut-
51 zes Einschränkungen im beschleunigten Verfahren vorangetrieben werden, die
52 sowieso geplant waren (wie bspw. das Cornerverbot) oder dass die Krise ausge-
53 nutzt wird, um unliebsame Branchen auszutrocknen (wie bspw. Sexarbeiter*innen
54 und Shisha-Bars). Für uns Freie Demokraten ist klar, dass die Einschränkungen
55 durch die Corona-Verordnungen nur befristet und nach dem Kriterium Infektions-
56 schutz erfolgen darf.

57
58 Für viele Unternehmen – und damit nachgelagert auch die Arbeitnehmerinnen und
59 Arbeitnehmer – führten diese Maßnahmen aber zu starken Umsatzeinbrüchen, die
60 insbesondere in der Gastronomie und anderen Wirtschaftszweigen, die auf Publi-
61 kumsverkehr angewiesen sind, die Betriebe an den Rande der wirtschaftlichen
62 Existenz drängten. Anders als in der Finanzkrise liegen hier die Gründe für die
63 Notlage nicht im Unternehmen, sondern sind externe Faktoren. Unterstützungen
64 sind aus unserer Sicht daher hier natürlich geboten.

65

66 Hinsichtlich der Unterstützung lässt sich jedoch feststellen, dass die Hilfeleistun-
67 gen in den Bundesländern sich erheblich voneinander unterscheiden.

68

69 Die Art und der Umfang einer Gewährung von Zuwendungen, Beihilfen und Las-
70 tenausgleichen durch die deutschen Gebietskörperschaften an Unternehmen und
71 Gewerbetreibende hat sich jeweils eng an der Härte und Intensität der erlittenen
72 Einschränkung zu orientieren, die sich unmittelbar oder mittelbar durch Anord-
73 nungen, Auflagen und sonstige Regelungen jeweils vor Ort ergaben. Jedwede
74 Beihilfe im Kontext mit Covid19 darf weder mittelbar noch absichtlich zu Wettbe-
75 werbsverzerrungen und Wettläufen führen. Das muss allein schon aus Gründen
76 der Fürsorge gegenüber den Empfängern von Beihilfen gelten, da die vielerorts
77 betriebenen oder beabsichtigten Beihilfen unter Verstoß gegen geltendes EU-
78 Recht für diese zu existenzgefährdenden Rückzahlungsverpflichtungen führen
79 würden. Anzustreben ist darüber hinaus langfristig eine Ergänzung des EU-
80 Beihilferechts um Regelungen für Pandemielagen, die sich nicht lediglich auf ein-
81 zelne Nationalstaaten beschränkt und ggf. auch angemessene gesonderte Ver-
82 fahrensregelungen trifft.

83

84 Es widerspricht unserem Verständnis von fundamentalen Freiheitsrechten, dass in
85 Deutschland Demos mit zwei Teilnehmer zwecks der Pandemiebekämpfung un-
86 tersagt wurden. Bei Einhaltung von Mindestabständen und Hygienevorschriften,
87 muss auch wenn sich die Infektionslage wieder verschärft, die Durchführung einer
88 Demonstration möglich sein.

89

90 Die letzten Monate haben aber gezeigt, dass die Befürchtungen hinsichtlich der
91 Vermummung von Demonstrierenden unbegründet waren. Die Freien Demokraten
92 setzen sich für das Recht auf eine friedliche anonyme Demonstration ein. Sollte
93 bereits im Vorwege gesicherte Erkenntnisse über den wahrscheinlich unfriedli-
94 chen Verlauf der Versammlung vorliegen, soll ein Vermummungsverbot angeord-
95 net werden können. Um der Polizei einen höheren einsatztaktischen Spielraum zu
96 geben, sprechen wir uns dafür aus, das Vermummungsverbot als Ordnungswid-
97 rigkeit zu regeln, damit die Polizei ein Ermessen zum Einschreiten hat und nicht
98 zum Einschreiten gezwungen ist.

99

100 **II. Gewaltenteilung auch bei höherer Gewalt**

101

102 Die Einbindung des Parlaments ist auch in Pandemiezeiten aus Sicht der Freien
103 Demokraten unerlässlich. Insbesondere aufgrund der Intensivität und der Streu-
104 breite der Maßnahmen verbietet es sich hier lediglich auf Verwaltungsebene zu
105 agieren und massiv einschneidende Maßnahmen auf Generalklausel zu stützen.

106
107 Die Einbeziehung des Parlaments steht aber Kraft Natur der Sache im Zielwider-
108 spruch der Pandemiebekämpfung. Einerseits hinsichtlich der Geschwindigkeit der
109 parlamentarischen Beratung im Vergleich zum Agieren über Allgemeinverfügun-
110 gen und Verordnungen, aber – anders als bspw. bei anderen Katastrophenfällen,
111 wie Sturmfluten – auch dadurch, dass die Mitglieder der Legislative selbst das Vi-
112 rus weiterverbreiten könnten.

113
114 Teilweise führte dies dazu, dass Parlamente, wie z.B. die Hamburgische Bürger-
115 schaft in reduzierter Besetzung getagt haben, oder dass über längere Zeit Sitzun-
116 gen ausfielen, wie es bei vielen kommunalen Parlamenten und auch für die Be-
117 zirksversammlungen in Hamburg der Fall war.

118
119 Dies mag im letzten Jahrtausend vielleicht noch zeitgemäß gewesen sein. Aber in
120 Zeiten, in denen es ohne großen Aufwand, wie viele Unternehmen, Vereine und
121 Bildungsträger in den letzten Wochen gezeigt haben, möglich ist, Präsenzveran-
122 staltungen in den digitalen Raum zu verlagern, ist es nicht nachvollziehbar, warum
123 dies für unsere Parlamente nicht möglich ist.

124
125 Für Abgeordnete, die zur Risikogruppe gehören, oder nahestehende Personen
126 haben, die zur Risikogruppe zählen, muss zudem die digitale Teilnahme an Prä-
127 senzsitzungen ermöglicht werden.

128
129 In Zeiten von Kontaktbeschränkungen muss zudem sichergestellt werden, dass
130 die Öffentlichkeit weiterhin Zugang zur parlamentarischen Beratung erhält. Dafür
131 reicht es nicht aus, dass ein Live-Stream und eine Mediathek für die Plenarsitzung
132 eingerichtet ist, da so der Hauptteil der parlamentarischen Arbeit, die vertiefte
133 Auseinandersetzung im Ausschuss, fehlt. Auch hier muss eine Übertragung aller
134 Ausschüsse sichergestellt werden.

135
136 Die Pandemielage verlangt vom Parlament innerhalb kürzester Zeit weitreichends-
137 te Maßnahmen zu beschließen. Eine vertiefte Auseinandersetzung der Parlamen-

138 tarier, die bei der Intensität der Eingriffe geboten gewesen wäre, konnte hier auf-
139 grund des bestehenden Zeitdrucks nicht stattfinden.

140

141 Folglich ist für uns Freie Demokraten klar, dass alle Akte des Parlaments, die in
142 dieser Zeit verabschiedet wurden ein Ablaufdatum haben und im Parlament er-
143 neut vertieft parlamentarisch beraten werden müssen, sobald die Lage es zulässt.
144 Jedes Gesetz, jeder Entschließungsantrag und jede Positionierung, die derart in
145 Freiheitsrechte eingreift und nur so oberflächlich beraten werden konnte, hat un-
146 serer Ansicht nach eine ungeschriebene Sunset-Klausel.

147

148 Weite folgt aus dieser Art der parlamentarischen Beratung, dass dies keine Zeit ist
149 die eigene politische Agenda im Schnellverfahren durchzudrücken. Dem kann
150 beispielsweise durch das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit begegnet wer-
151 den.

152

153 Grade in pandemiebedingten Zeiten, die durch eine faktisch starke Dominanz der
154 Exekutive gegenüber der Kontrollfunktion der Legislative geprägt sind, kommt der
155 Judikative als Dritte der geteilten Gewalten eine noch höhere Bedeutung zu.

156

157 Das gilt in ganz besonderer Weise für einen effektiven Rechtsschutz der Grund-
158 rechtsträger gegenüber einer eskalierenden Vielzahl an intensiven Grundrechts-
159 eingriffen. Hier muss bei der Ressourcenzuteilung, wie auch bei den Strukturen,
160 auch bzw. gerade in pandemischen Zeiten, für ausreichende Kapazitäten der
161 Verwaltungs- und Verfassungsgerichte gesorgt werden, um in Lagen, wie im Kon-
162 text Covid19, die bundesweit vielen hunderten oder gar tausenden parallel laufen-
163 den Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz noch so ausreichend schnell bear-
164 beiten zu können.

165

166 Nur dann ist rechtsstaatlich gesichert, dass den Grundrechtsträgern ein Rechts-
167 schutzerfolg noch faktisch nützen kann und ggf. nicht nur zu vagen Amtshaf-
168 tungsansprüchen führt.

169

170 Die Exekutive ist hingegen in pandemischen Lagen in ganz besonderer Weise ge-
171 fordert, durch möglichst rechtstreues Verwaltungshandeln und schlüssige wie va-
172 lide Begründungen von Verwaltungsakten die Gerichte von unnötig provozierten
173 Verfahren zu entlasten, sowie durch jeweils sorgfältige Erwägung vom Instanzen-
174 weg im Zweifelsfall nur zurückhaltenden Gebrauch zu machen.

175

176 Die Gewaltenteilung beschränkt sich aber nicht lediglich auf die horizontale, son-
177 dern auch auf die vertikale Ebene. Immer wieder kam in den letzten Wochen von
178 unterschiedlichen Seiten der Wunsch auf, alle Kompetenzen zentral zu bündeln.

179

180 Wir Freien Demokraten bekennen uns aber zum Föderalismus. Nur durch die un-
181 terschiedlichen Systeme, kann optimal auf die Situation vor Ort eingegangen wer-
182 den und festgestellt und evaluiert werden, welche Maßnahmen wirklich wirksam
183 sind.

184

185 Natürlich sind Abstimmung und gemeinsame Koordinierung der Maßnahmen not-
186 wendig. Hier ist nicht nur der Dialog zwischen Bund und Ländern, sondern viel-
187 mehr auch der zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten zu intensivieren.

188

189 Teilbereiche, wie ein gemeinsames Beschaffungswesen und Bevorratung von
190 medizinischem Material, oder eine europäische Schnelle-Einsatz-Gruppe, sollten
191 aber in den Aufgabenbereich der Union fallen.

192

193 Föderalismus heißt für uns aber nicht, dass jeder Mitgliedsstaat oder Bundesland
194 jedes Mittel ergreifen kann. Insbesondere solche Maßnahmen, die den Zusam-
195 menhalt zwischen den Ländern schwächen können, sind kontraproduktiv. Damit
196 meinen wir vor allem den leichtfertigen Umgang mit Grenzschließungen und die
197 Ausweisung von Menschen, die in dem Bundesland keinen Erstwohnsitz haben.
198 Die Freizügigkeit innerhalb der Union ist eine Errungenschaft, die nicht so unüber-
199 legt über Bord geworfen werden darf. Dass die Freizügigkeit sogar innerhalb des
200 Bundesgebietes in Frage steht, haben wir bis vor kurzem noch für unmöglich ge-
201 halten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. 20209

Antragsteller:

Daniel Oetzel
Ria Schröder
Tatjana Sosin
Eva Parbs
Birgit Wolff
Daniel Valijani
Frank Heuck
Jan Christopher Witt
LFA 5 Soziales, Familie, Arbeit und Integration

Corona-bedingte Inobhutnahmen in Hamburg verhindern

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Behördliche Schreiben auf kommunaler Ebene an Familien mit Kindern, die von
- 2 Corona betroffen sind, haben in den vergangenen Wochen deutschlandweit zu
- 3 Schlagzeilen geführt.¹
- 4 In mehreren Bundesländern wurden Familien, in denen Kinder unter dem Ver-
- 5 dacht stehen, sich mit dem Corona-Virus infiziert zu haben, durch die Behörden
- 6 darüber in Kenntnis gesetzt, dass diese ihre teilweise erst drei Jahre alten Kinder
- 7 getrennt vom Rest der Familie häuslich zu isolieren hätten. Bei Zuwiderhandeln
- 8 drohe ansonsten eine Herausnahme des Kindes aus der Familie und die Unter-
- 9 bringung in einer geschlossenen Einrichtung.
- 10 Zwar teilten betroffene Ämter mit, dass entsprechende Maßnahmen nur in Son-
- 11 derfällen ergehen würden und auch nur mit richterlichem Beschluss, die Schrei-
- 12 ben seien aber tatsächlich auf die beschriebene Weise ergangen.
- 13 Diese Maßnahmen und allein ihre Androhung sind vollkommen unverhältnismä-
- 14 ßig. Die Inobhutnahme eines Kindes ist das letzte Mittel des Schutzes von Kin-
- 15 dern und Jugendlichen zu ihrem eigenen Schutz vor Verwandten und Erziehungs-
- 16 berechtigten und führt in jedem Fall zu einem tiefen Einschnitt im Leben der be-
- 17 troffenen Kinder.
- 18 Kinder, die im Verdacht stehen, sich mit dem Corona-Virus infiziert zu haben, dür-
- 19 fen aber nicht von ihren Familien getrennt werden, sondern benötigen gerade und

¹ siehe zum Beispiel:

<https://www.morgenpost.de/politik/article230120324/Corona-Isolation-Koennen-Kinder-von-Eltern-getrennt-werden.html>

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/corona-fdp-kritisiert-kindesentzug-bei-quarantaene-verstoss-72494990.bild.html?fbclid=IwAR3b1_A8pSw9hUXcRT0iDm2830yEiq8_ofkkIJzjLzhYd2BvFrlhLAnoKuo

https://www.nw.de/nachrichten/meinung/22838030_Kommentar-Behoerden-gefahrden-Kinder-und-liefern-Corona-Gegnern-Munition.html

20 in erhöhtem Maße die Unterstützung ihrer Nächsten. Eltern, die ihrem durch die
21 mögliche Corona-Infektion möglicherweise stark emotional belastetem Kind durch
22 diese schwere Zeit helfen wollen, handeln vollkommen gegenteilig zu Eltern, de-
23 nen durch eine Inobhutnahme der direkte Zugang zu ihren Kindern verwehrt wer-
24 den muss.

25 Allein die Aufforderung, ein möglicherweise infiziertes Kind im eigenen Haushalt
26 von den Verwandten zu isolieren, ignoriert vollkommen die Lebenswirklichkeit in
27 einer Familie und muss zwangsläufig zu einem totalen Vertrauensverlust in ein
28 verantwortungsbewusstes Handeln des Staates führen.

29 Familienfreundliche Alternativen liegen auf der Hand: Im Falle des Verdachts auf
30 eine Corona-Infektion eines Kindes sollte mindestens ein Elternteil freiwillig mit in
31 die Quarantäne gehen.

32

33 Die FDP Hamburg fordert den Senat auf

- 34 1. Kein Kind allein auf der Basis einer möglichen oder tatsächlichen Corona-
35 Infektion aus der Familie zu nehmen und geschlossen unterzubringen.
- 36 2. Keine Schreiben mit der Androhung von Herausnahme von Kindern mit mögli-
37 chen oder tatsächlichen Corona-Infektionen an betroffene Familien zu versen-
38 den.
- 39 3. Keiner Hamburger Familie zuzumuten, innerhalb des eigenen Hausstandes
40 Kinder getrennt vom Rest der Familie zu isolieren. Stattdessen sollen in Fäl-
41 len, in denen tatsächlich lediglich das Kind und kein anderes Familienmitglied
42 im Verdacht steht, sich mit Corona infiziert zu haben, die freiwillige gemeinsa-
43 me Quarantäne mit weiteren Familienmitgliedern betrieben werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

112. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A20201

Antragsteller:

Landesvorstand

Leif Schrader, Präsident des Landesparteitags

Auftrag an den Landeshauptausschuss

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landeshauptausschuss der FDP Hamburg wird gemäß § 15 Abs. 1 der Lan-
- 2 dessatzung beauftragt, bis zum 31.01.2021 bei der Geschäftsstelle des Landes-
- 3 parteitags eingehende politische Anträge zu beraten und zu entscheiden.
- 4 Diese Anträge werden hiermit entsprechend vorab an den Landeshauptausschuss
- 5 verwiesen (§ 18 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landesverbandes).

Begründung:

Erfolgt mündlich.